
Vertrag BIM (Building Information Modeling) – Management

Bauvorhaben: Gesundheitscampus Köln

Vertrag über die Koordination und Steuerung der BIM-Prozesse (BIM-Management)

Zwischen

Kliniken der Stadt Köln gGmbH
Neufelder Str. 34
51067 Köln

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“ genannt -

und

N.N

vertreten durch yy

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“ genannt –

AG und AN nachfolgend je einzeln oder gemeinsam auch „Partei(en)“ genannt

wird folgender Vertrag über das BIM (Building Information Modeling) – Management für das Bauvorhaben Gesundheitscampus Köln – Neubau Kinderklinik und Erweiterungsbau samt Sanierung von Bestandsgebäuden - geschlossen.

Präambel

Der Auftraggeber (AG) beabsichtigt eine Konzentration der bisherigen Behandlungsangebote der Standorte Merheim, Holweide und des Kinderkrankenhauses Amsterdamer Straße auf einem gemeinsamen Gesundheitscampus der Stadt Köln in Merheim. Es werden hierbei am Standort Merheim ergänzende Neubauten errichtet. Dieser Neubaukomplex besteht aus zwei wesentlichen Einheiten. Im westlichen Gebäudeanteil (Haus 20d) entsteht das neue Kinderkrankenhaus, im östlichen Anteil (Haus 20c) entsteht der Erweiterungsbau für die Erwachsenenmedizin. Der Erweiterungsbau (Haus 20c) gliedert sich in ein dreigeschossiges, kompaktes Volumen, welches sich insbesondere im Erdgeschoss eng mit der Kinderklinik verzahnt.

Das Bauvorhaben auf dem Gesundheitscampus Köln-Merheim besteht weiterhin aus Sanierungsmaßnahmen im Bestand der Häuser 20, 20A und 20B.

Gegenstand dieses Vertrages ist die Übernahme der Leistungen eines BIM-Managers, d.h. die übergeordnete Koordination und Steuerung der Building Information Modeling (BIM)-Prozesse für das Vorhaben. Der BIM-Manager ist für die organisatorischen Aufgaben zur Definition, Umsetzung, Einhaltung und Dokumentation der BIM-Prozesse verantwortlich.

Die beauftragten Planer und Fachingenieure schulden im Rahmen ihrer Beauftragung eine Planung nach der Building Information Modelling Methode (BIM).

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Vertragsparteien was folgt.

1 Vertragsbestandteile

1.1 Vertragsbestandteile sind:

- 1.1.1 Die Bestimmungen dieses Vertrages;
- 1.1.2 Leistungsbeschreibung und Preisblatt (**Anlage 1.1.2**);
- 1.1.3 die BIM-Leistungsbilder für die Objekt- und Fachplanung (**Anlage 1.1.3**);
- 1.1.4 Vorläufige Auftraggeber-Informations-Anforderungen (AIA) (**Anlage 1.1.4**);
- 1.1.5 der noch zu erstellende Zahlungsplan (**Anlage 1.1.5**);
- 1.1.6 Rahmenterminplan (**Anlage 1.1.6**);
- 1.1.7 das Projekthandbuch der AG in der jeweils aktuellen Fassung (**Anlage 1.1.7**);
- 1.1.8 Der (vom AN bereitzustellende) Personaleinsatzplan (**Anlage 1.1.8**);
- 1.1.9 Die Grundlagen und Auflagen der Fördermittelgeber (**Anlage 1.1.9**);
- 1.1.10 Grundsätze Adjudikation (**Anlage 1.1.10**);
- 1.1.11 die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die §§ 631 ff. BGB

- 1.2 Die vorstehenden Vertragsbestandteile ergänzen und konkretisieren einander. Die Bestimmungen dieses Vertrages gehen den weiteren Vertragsbestandteilen vor.
- 1.3 Die Bedingungen dieses Vertrages gelten für die bei Beauftragung vereinbarten Leistungen, für später übertragene Leistungen im Rahmen der stufenweisen Beauftragung sowie für ursprünglich nicht vereinbarte, aber zu einem späteren Zeitpunkt übertragene Leistungen hinsichtlich des Bauvorhabens.

2 Leistungsgegenstand und -umfang

- 2.1 Der vom AN geschuldete Erfolg umfasst insbesondere die strategische Planung, Steuerung und Koordination des gesamten BIM-Prozesses in Abstimmung mit dem Auftraggeber, den Projektbeteiligten und über alle Projektphasen hinweg.

Der BIM-Manager ist verpflichtet, eng mit dem Auftraggeber, den Planern, Fachplanern, ausführenden Unternehmen und weiteren Projektbeteiligten zusammenzuarbeiten und stellt die Einhaltung der BIM-Anforderungen über alle Leistungsphasen sicher.

- 2.2 Der AN schuldet zu dem vereinbarten Honorar die in der Unterlage „Leistungsbeschreibung und Preisblatt“ (**Anlage 1.1.2**) genannten Leistungen.
- 2.3 Stufenweise Beauftragung
 - 2.3.1 Die Beauftragung erfolgt stufenweise.
 - 2.3.2 Mit Unterzeichnung dieses Vertrages werden zunächst die Leistungen der nachfolgenden Stufe 1 beauftragt:
 - 2.3.3 Folgende Stufen sind vorgesehen, wobei sich die in den jeweiligen Stufen zu erbringenden Teilleistungen aus der Unterlage „Leistungsbeschreibung und Preisblatt“ (**Anlage 1.1.2**) ergeben.

Stufe	Leistungen
Stufe 1	BIM-Strategie, Projektvorbereitung, Planung
Stufe 2	Ausführungsvorbereitung, Bauausführung und Projektabschluss.

- 2.3.4 Der AG ist berechtigt, dem AN die weiteren Leistungen der o.g. Stufe 2 ganz oder teilweise durch spätere, gesonderte, schriftliche Beauftragung zu übertragen.
- 2.3.5 Der AN verpflichtet sich, die weiteren Leistungen nach entsprechender Beauftragung durch den AG zu erbringen, sofern sie ihm spätestens 6 Monate nach Fertigstellung der letzten beauftragten Teilleistung in Auftrag gegeben werden. Aus einer solchen

stufen- bzw. abschnittswisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten oder sonstige Ansprüche oder Entschädigung nach § 642 BGB oder nach § 648 BGB) geltend machen. Ein Rechtsanspruch des AN auf Übertragung weiterer Leistungen bzw. Stufen besteht nicht.

3 Aufgaben und Pflichten des AN

3.1 Informationspflichten des AN, Bedenkenanmeldung

3.1.1 Im Rahmen der vereinbarten Leistungen hat der AN die Pflicht, den AG laufend über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten zu unterrichten. Diese Pflicht besteht auch noch nach Abschluss des Bauvorhabens.

3.1.2 Wenn erkennbar wird, dass die Erreichung von Vertragszielen / -erfolgen gefährdet ist, ist der AN verpflichtet, den AG unverzüglich in Textform zu unterrichten und wegen zu ergreifender Gegenmaßnahmen zu beraten.

3.1.3 Anordnungen, Informationen und Vorleistungen des AG, der vom AG beauftragten Sonderfachleute oder eines Dritten hat der AN sorgfältig zu prüfen und den AG ausdrücklich auf die darin enthaltenen Fehler hinzuweisen, die er mit dem von ihm zu erwartenden Kenntnisstand erkennen kann. Der AN hat dem Auftraggeber etwaige Bedenken gegen die von ihm bei der Leistungserbringung zugrunde zu legenden Vorgaben, Vorleistungen und Umstände unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

3.2 Der AN hat die Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Eine Übertragung auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Ein Verstoß stellt einen wichtigen Grund zur Kündigung dar, den der AN zu vertreten hat.

3.3 Der AN hat das von dem AG vorgegebene Projektkommunikationssystem und die gemeinsame Datenumgebung zu nutzen sowie das Projekthandbuch der AG (**Anlage 1.1.7**) zu beachten.

4 Leistungsänderungen

4.1 Der AG ist jederzeit befugt, Änderungen, Erweiterungen von Leistungen (auch Besondere und Zusätzliche Leistungen) des AN anzuordnen (künftig insgesamt nur „Änderungen“ genannt).

4.2 Die Anordnung von Änderungen durch den AG bedarf der Textform. Der AN ist zur Erbringung dieser vom AG angeordneten Leistungsänderungen verpflichtet, soweit er dem AG nicht darlegt, dass die Erbringung dieser Leistungen unmöglich oder für ihn unzumutbar ist. Wird die Unzumutbarkeit aus betriebsinternen Vorgängen oder Umständen beim AN hergeleitet, so trägt dieser dafür die Darlegungs- und Beweislast.

- 4.3 Dem AG steht auch ein Anordnungsrecht hinsichtlich sonstiger Umstände des Bauvorhabens, insbesondere hinsichtlich der Ausführungszeit (z.B. Neuordnung von Abläufen und Beschleunigungsmaßnahmen) zu, sofern besondere Gründe vorliegen und bei einer Abwägung der beiderseitigen Interessen die Interessen des AG überwiegen.
- 4.4 Der AN ist verpflichtet, Anordnungen unverzüglich auf die (technische) Umsetzbarkeit sowie auf die Qualitäts-, Termin- und Kostenauswirkungen zu untersuchen und den AG über das Ergebnis unverzüglich in Textform zu unterrichten.
- 4.5 Der AN erhält in Fällen der Änderungsanordnung des AG eine zusätzliche Vergütung nach Maßgabe von Ziffer 6.5.

5 Termine

- 5.1 Die Leistung ist innerhalb der vereinbarten Fristen und Termine gemäß dem vereinbarten Rahmenterminplan (**Anlage 1.1.6**) zu erbringen.
- 5.2 Der AG ist berechtigt, eine Unterbrechung der Leistungserbringung des AN anzuordnen. Dauert die angeordnete Unterbrechung länger als 6 Monate, erhält der AN ab dem 7. Monat der Unterbrechung eine Entschädigung in Höhe der nachgewiesenen, rein projektbezogenen Vorhaltekosten. Weitergehende Ansprüche des AN sind ausgeschlossen.
- 5.3 Die Anordnung der Wiederaufnahme der Leistung soll eine Vorlaufzeit von mindestens vier Wochen vorsehen.

6 Vergütung

- 6.1 Für alle nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen erhält der AN ein Pauschalhonorar in Höhe von insgesamt netto EUR [...] (in Worten: [...] Euro) zzgl. Umsatzsteuer in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe (derzeit 19%).
- 6.2 Die Zusammensetzung des Gesamtpauschalhonorars samt Aufteilung auf die einzelnen Leistungspositionen ist der Unterlage „Leistungsbeschreibung und Preisblatt“ (**Anlage 1.1.2**) zu entnehmen.

- 6.3 Diese Pauschalen gelten alle vom AN nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ab. Sofern der AN trotz entsprechender Beauftragung durch den AG die von ihm vertraglich geschuldeten (Teil-)Leistungen nicht erbringt, ist der AG unabhängig davon, ob der Erfolg des

Gesamtwerkes herbeigeführt wurde, zu einer angemessenen Kürzung des Honorars berechtigt.

6.4 Nebenkosten in Höhe von pauschal [...] % sind in den o.a. Pauschalhonoraren bereits berücksichtigt und damit abgegolten.

6.5 Vergütung von Leistungsänderungen

6.5.1 Sofern die Parteien nicht im Einzelfall etwas Anderes in Schriftform vereinbaren – werden Änderungen, soweit solche beauftragt werden, nach Zeitaufwand abgerechnet werden. Es gelten die in der Unterlage „Leistungsbeschreibung und Preisblatt“ (**Anlage 1.1.2**) ausgewiesenen Stundensätze inkl. Nebenkosten:

6.5.2 Dem AG ist die Ausführung von Stundenlohnarbeiten vor Beginn in Textform anzuzeigen. Über die geleisteten Stunden sind innerhalb von 5 Werktagen prüfbare Listen einzureichen, die die Zeit der Leistungserbringung, die Person, die Qualifikation und den in diese Zeit fallenden Leistungsgegenstand genau beschreiben.

6.5.3 Die Unterzeichnung von Stundenlohnzetteln durch den AG gilt nicht als Anerkenntnis von Vereinbarungen oder Ansprüchen. Es bleibt dem AG stets etwa die Prüfung vorbehalten, ob es sich um Stundenlohn- oder Vertragsarbeiten handelt; weiter bleiben auch spätere Einwände gegen die inhaltliche Richtigkeit sowie die Angemessenheit und Erforderlichkeit des notierten Aufwandes dem AG vorbehalten.

6.6 Die vorstehenden Beträge sind Nettobeträge und verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer (derzeit 19%).

7 Abrechnungen der Leistungen / Zahlungen

7.1 Das Honorar wird vorbehaltlich weitergehender Fälligkeitsvoraussetzungen nach diesem Vertrag und vorbehaltlich anderweitiger Festsetzungen in einem vereinbarten Zahlungsplan jeweils fällig, wenn der AN sie vertragsgemäß erbracht und eine prüffähige Honorarrechnung für diese Leistungen überreicht hat.

7.2 Abschlagszahlungen können zu den im Zahlungsplan oder sonst vereinbarten Zeitpunkten sowie – sofern es an einer Vereinbarung fehlt - für nachgewiesene Leistungen gefordert werden. Hierbei ist vom AN darzulegen, dass die abgerechnete Leistung vollständig und mangelfrei erbracht ist. Eine prüffähige Abschlagsrechnung setzt voraus, dass der AN den Leistungsstand und die hierauf entfallende Vergütung detailliert darstellt. Eine pauschale Angabe des Leistungsstandes an Hand von Prozentsätzen genügt hierfür ausdrücklich nicht. Der AN ist berechtigt, einmal monatlich Abschlagsrechnungen zu stellen. In einer Zahlung des AG auf eine Abschlagsrechnung hin ist keine Teilabnahme oder ein Anerkenntnis der abgerechneten Leistung zu sehen. Bereits erbrachte Zahlungen sind in jeder Rechnung aufzuführen. Der einer Abschlagsrechnung zugrunde gelegte Leistungsstand ist vor Rechnungslegung vom AG zu bestätigen. Die Bestätigung des AG ist der Abschlagsrechnung beizufügen.

7.3 Die Fälligkeit von Abschlagszahlungen tritt, soweit im Zahlungsplan nichts Anderes vereinbart ist, mit Ablauf einer Prüfungsfrist von 21 Kalendertagen nach Vorlage einer prüfbaren und ordnungsgemäßen Abschlagsrechnung ein.

7.4 Für die Schlusszahlung gilt, dass diese 30 Kalendertage nach Zugang einer prüffähigen Schlussrechnung fällig wird.

7.5 Rechnungen sind als PDF Dokument an den Auftraggeber zu übersenden, sofern nicht aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung eine elektronische Rechnung zu stellen ist.

Sofern eine elektronische Rechnung zu stellen ist, ist die Rechnungstellung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben des Projekthandbuchs (**Anlage 1.1.7**) vorzunehmen.

7.6 Macht der AN berechtigterweise einen Anspruch aus § 650e BGB geltend, kann der AG – anstelle der Einräumung einer Sicherungshypothek oder Vormerkung - wahlweise auch Sicherheit nach § 232 BGB oder durch Bankbürgschaft leisten. Vor diesem Hintergrund hat der AN den AG vor Durchsetzung eines Anspruchs aus § 650e BGB über seine Absicht zu informieren und dem AG eine angemessene Frist (i.d.R. von mindestens 14 Tagen) zu setzen, eine entsprechende Sicherheit zu übergeben. Erst für den Fall, dass der AG dieser Aufforderung nicht innerhalb der gesetzten Frist nachkommt, darf der AN den Anspruch aus § 650e BGB gerichtlich durchsetzen.

Eine etwa bereits zugunsten des AN eingetragene Vormerkung oder Sicherungshypothek kann der AG jederzeit durch eine Sicherheit nach § 232 BGB oder durch Bürgschaft einer Kreditbank oder eines Kreditversicherers mit Zulassung innerhalb der Europäischen Union ablösen.

8 Abnahme, Mängelrechte und Verjährung

8.1 Die Leistungen des AN sind vom AG förmlich abzunehmen, wenn diese fertiggestellt und vollständig, vertragsgerecht und ohne wesentliche Mängel erbracht worden sind. Der AN hat die Fertigstellung schriftlich anzuzeigen. Teilabnahmen können im Übrigen auf Anforderung des Auftraggebers stattfinden.

8.2 Unwesentliche Mängel oder unerhebliche Restleistungen, insbesondere solche, die den vertraglich vereinbarten oder vorausgesetzten Gebrauch des Werkes nur unwesentlich beeinträchtigen oder die hinter der vereinbarten oder vorausgesetzten Beschaffenheit zurückbleiben, stehen der Abnahmereife und der Abnahme nicht entgegen. Die Nichterbringung vereinbarter Teilerfolge gilt unter keinen Umständen als unwesentlich oder unerheblich in diesem Sinne.

8.3 Die Verjährung für sämtliche Haftungsansprüche, einschließlich Mängelansprüche, beginnt mit der Abnahme. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt gemäß § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB 5 (fünf) Jahre.

9 Projektleitung des Auftragnehmers

9.1 Der AN wird wie folgt vertreten:

Name, Funktion	Kontaktdaten
[...]	[...]
[...]	[...]

Ein Wechsel des Projektleiters und dessen Stellvertreters ist nur mit schriftlicher Zustimmung des AG möglich. Der AG kann die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.

9.2 Der AN verpflichtet sich, im Falle von Konflikten jederzeit durch einen verhandlungs- und übergeordnet entscheidungsberechtigten Vertreter der Geschäftsleitung sachdienlich an der Lösung mitzuwirken. Dies umfasst auch die persönliche Teilnahme an Besprechungen und Verhandlungen in den Geschäftsräumen des AG innerhalb einer Einladungsfrist von 48 Stunden.

10 Haftpflichtversicherung

Der AN hat eine angemessene Haftpflichtversicherung für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen während der gesamten Vertragsdauer (einschließlich der Verjährungsfrist für Mängelansprüche) vorzuhalten und dem AG auf dessen Verlangen Auskunft über Inhalt und Bestand des Versicherungsschutzes zu erteilen.

Die nachstehenden Deckungssummen sind pro Jahr 2-fach maximiert nachzuweisen.

Für Personenschäden	EUR 3.000.000,00
Für Sachschäden	EUR 3.000.000,00
Für sonstige und Vermögensschäden	EUR 3.000.000,00

Zum Nachweis des Versicherungsschutzes ist der AN verpflichtet, dem AG innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss des Vertrages eine entsprechende aktuelle Bestätigung seines Haftpflichtversicherers mit der Versicherungsnummer zu überreichen. Der AN hat vor Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Zahlungen.

Der AN ist zur unverzüglichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Dies gilt auch, sofern die pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehenden Deckungssummen aufgebraucht sind oder werden.

Sofern der AN den vereinbarten Versicherungsschutz trotz Nachfristsetzung nicht nachweist oder der AG davon Kenntnis erhält, dass der Versicherungsschutz nicht mehr in mindestens der vereinbarten Höhe besteht, ist der AG zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

Der AG behält sich vor, für das gesamte Projekt eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflicht-Versicherung (BauRisk-Police) abzuschließen. Der AN und seine Nachunternehmer wären in dem sich aus den Versicherungsbedingungen ergebenden Umfang mitversichert; sofern der AG diese Option wählt, wird er dem AN auf dessen Anforderung unverzüglich nach Wahl des AG entweder die zugehörige Police im Volltext nebst allen Allgemeinen Vertragsbedingungen (eine Schwärzung der Prämienangabe ist nachgelassen) – jeweils in Kopie- oder eine aussagekräftige Versicherungsbestätigung übergeben.

Der Versicherungsschutz der Projektversicherung entspricht mindestens den einschlägigen deutschen Musterbedingungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., basierend auf den Allgemeinen Bedingungen für die Bauleistungs-/Montageversicherung sowie den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung.

Die Projektversicherung ist zeitlich begrenzt bis zur Gesamtfertigstellung des Bauvorhabens, jedoch längstens bis zum Ablauf der vertraglich vereinbarten Versicherungsdauer.

Die endgültigen Kosten für die Projektversicherung werden anteilig auf den Auftragnehmer umgelegt. Die Höhe der Umlage von höchstens 1,00 % zzgl. 19 % Versicherungssteuer wird von der jeweiligen Bruttoauftragssumme der Abschlags- und Schlussrechnungen abgezogen. Der finale Umlagesatz ergibt sich aus dem Ergebnis der Ausschreibung zur Versicherungsleistung. Der Auftragnehmer erklärt sich mit der Projektversicherung samt Umlage einverstanden, sofern sich der Auftraggeber für den Abschluss dieser Projektversicherung entscheidet.

Die Mehrkosten, die dem AN gegenüber seiner Haftpflichtversicherung entstehen, werden – sollte die BauRisk-Versicherung erst nach dem finalen Angebot des AN abgeschlossen werden - vom AG auf Nachweis erstattet.

11 Urheberrecht

- 11.1 Soweit die Leistungen des Auftragnehmers urheberrechtlich geschützt sind, bleiben dessen Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.
- 11.2 Im Übrigen überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber hiermit exklusiv, zeitlich und örtlich unbeschränkt, an Dritte übertragbar und unterlizenzierbar die Nutzungsrechte für jegliche Nutzungsform auch an seinen urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnissen oder Teilen davon. Die Nutzungsübertragung umfasst auch die bauliche Umsetzung der Arbeitsergebnisse oder Teilen hiervon.
- 11.3 Der Auftraggeber ist auch berechtigt, das auf Grundlage der Arbeitsergebnisse oder Teilen hiervon erstellte Bauvorhaben zu errichten, zu ändern, insbesondere abzureißen, wiederherzustellen, umzubauen, zu modernisieren oder zu erweitern, den aktuellen Erfordernissen (z.B. aus energetischen Gründen) anzupassen, Abbildungen zu fertigen und derartige Abbildungen zu nutzen oder zu verwerten.
- 11.4 Der AN sichert zu, dass seine Leistungen sowie alle Leistungen nach diesem Vertrag frei von Rechten Dritter sind und keine Rechte Dritter beeinträchtigen. Er stellt den AG von möglichen

Ansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder der Verletzung sonstiger Rechte Dritter frei.

- 11.5 Soweit der Auftragnehmer berechtigt sein sollte, von ihm nach diesem Vertrag geschuldete Leistungen an Dritte zu vergeben, hat er entsprechend den vorstehenden Bestimmungen mit diesen Dritten Vereinbarungen über das Urheberrecht und die Nutzungsrechte zu schließen, die die Ansprüche des Auftraggebers sicherstellen.
- 11.6 Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird oder weitere Stufen nicht beauftragt werden. Sie gelten auch zugunsten von Rechtsnachfolgern des Auftraggebers oder Erwerber des Bauvorhabens.

12 Herausgabe- und Aufbewahrungspflichten

- 12.1 Der AG kann verlangen, dass ihm jederzeit sämtliche Arbeitsergebnisse in digitaler und bearbeitbarer Form ausgehändigt werden. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN ist ausgeschlossen, es sei denn dieses wäre unstreitig, rechtskräftig festgestellt oder entscheidungsreif.
- 12.2 Der AN ist verpflichtet, die Unterlagen 11 (elf) Jahre nach Abnahme der letzten von ihm erbrachten Leistungen aufzubewahren.
- 12.3 Der AN verpflichtet sich jedoch, die Unterlagen vor deren Vernichtung dem AG anzubieten. Unterlässt er dies, ist er dem AG zum Ersatz des hieraus entstehenden Schadens verpflichtet. Dies gilt insbesondere dann, wenn der AG Ansprüche Dritten gegenüber nicht verfolgen oder durchsetzen kann, weil ihm hierzu Unterlagen fehlen, die der AN vernichtet hat, ohne sie dem AG vorher angeboten zu haben.

13 Vertraulichkeitsvereinbarung, Datenschutz

- 13.1 Sämtliche Informationen, die dem anderen Vertragspartner offengelegt werden, eingeschlossen Diskussions- und Verhandlungsergebnisse, sind als vertraulich zu behandeln, ungeachtet dessen, ob sie als vertraulich kenntlich gemacht sind oder nicht. Der AN, der vertrauliche Informationen in dem vorstehenden Sinne erlangt, verpflichtet sich, diese ausschließlich zum Zweck der Zusammenarbeit mit dem AG zu verwenden. Jede andere Nutzung ist untersagt, es sei denn, der AG stimmt einer entsprechenden Nutzung vorab schriftlich zu. Sämtliche vertrauliche Informationen sind beim AN, der diese Information erhält, an einem gesicherten Ort aufzubewahren und nur Beschäftigten zugänglich zu machen, die diese Informationen im Rahmen der Zusammenarbeit für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.
- 13.2 Ausgetauschte vertrauliche Informationen sind spätestens im Zeitpunkt der Beendigung des Vertrages zurück zu gewähren, zu löschen oder zu vernichten. Stehen einer Löschung bzw. Vernichtung gesetzliche Aufbewahrungspflichten entgegen, werden sich die Parteien an die vorgeschriebenen Fristen halten.

14 Kooperation/Streitschlichtung/Adjudikation

14.1 AG und AN verpflichten sich zu einer konstruktiven und partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Interesse einer vertrags- und termingerechten Fertigstellung des Bauvorhabens. Gegebenenfalls auftretende Meinungsverschiedenheiten sollen jeweils sach- und zeitnah gelöst werden.

14.2 Gelingt es nicht, auf der Arbeitsebene eine Einigung zu erzielen, sind die Parteien verpflichtet, im Fall von Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag, vor einer Leistungseinstellung und vor der Einleitung eines Gerichtsverfahrens, wozu auch das einstweilige Verfügungsverfahren gehört, zunächst ein dreistufiges Streitbeilegungsverfahren nach den folgenden Maßgaben durchzuführen.

a) Stufe 1 - Gremium I,

Das Gremium I setzt sich wie folgt zusammen:

- Projektleitung des AG:
- Projektleitung des AN:

Im Falle von Streitigkeiten ist jede Partei berechtigt, zunächst das Gremium I anzurufen. Das Gremium I wird sich bemühen, innerhalb von einer Woche nach Anrufung eine Lösung zu erzielen.

b) Stufe 2- Gremium II,

Das Gremium II setzt sich wie folgt zusammen:

- Geschäftsführung des AG:
- Geschäftsführung des AN

Konnte im Gremium I keine Einigkeit erzielt werden, ist jede Partei berechtigt, das Gremium II anzurufen. Dies geschieht durch schriftliche Erklärung gegenüber dem anderen Vertragspartner. Das Gremium II wird versuchen, innerhalb von 4 Wochen nach Anrufung eine einvernehmliche, ggfs. auch nur vorläufige Einigung zu erzielen.

Ein Sachverständiger/Streitlöser kann von den Parteien vor Leistungsbeginn einvernehmlich festgelegt werden. Die Kosten des Sachverständigen/Streitlösers tragen die Parteien je zur Hälfte.

c) Stufe 3 – Adjudikation

Sollte auch im Gremium II keine Einigung erzielt werden, führen die Parteien das in der **Anlage 1.1.10** zu diesem Vertrag beschriebene Adjudikationsverfahren durch.

Gerichtliche Klageverfahren, zu denen auch die Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz gehören, sowie Leistungseinstellungen eines Vertragspartners setzen zwingend die Durchführung der vorstehenden 3 Stufen voraus und sind nur unter den in **Anlage 1.1.10** benannten Voraussetzungen zulässig.

15 Schlussbestimmungen

- 15.1 Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergebenden Ansprüche ist Köln.
- 15.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses kann ebenfalls nur schriftlich erfolgen.
- 15.3 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die unwirksame Bestimmung wird durch eine wirksame ersetzt, die dem wirtschaftlich Gewollten am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für ungewollte Vertragslücken.

_____, den _____

_____, den _____
